UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

NEWSLETTER 1 / 2023

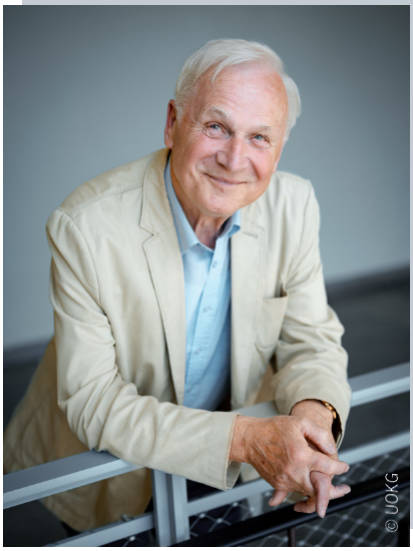
Fachgespräch „Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“ im Deutschen Bundestag

Gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten E. Zupke veranstaltete die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft am 24. November 2022 ein Fachgespräch zum Thema "Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR". Die Hintergründe der Häftlingszwangsarbeit und seinen bis heute andauernden Folgen durch die Diplom-Psychologin Stefanie Knorr von der Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur Gegenwind und den Historiker Dr. Tobias Wunschik von der Humboldt-Universität Berlin, wurden näher beleuchtet. Darüber hinaus kamen die ehemalige Häftlinge Birgit Krüger und Frank Herrmann als Zeitzeugin und Zeitzeuge zu Wort und schilderten den anwesenden Bundestagsabgeordneten bedrückend ihren Leidensweg.

Von den rund 270.000 (Quelle BMJ) politischen Häftlingen, die es von 1945 bis 1989 in der SBZ und der SED-Diktatur gegeben hat, mussten die allermeisten Zwangsarbeit leisten.

weiter auf Seite 2

Dieter Dombrowski (l.) und Evelyn Zupke (r.) mit den Zeitzeugen Birgit Krüger und Frank Herrmann



Der 17. Juni 1953 - präsent wie selten zuvor

Als nach dem Mauerfall im Herbst 1989 am 17. Juni 1990 Abgeordnete beider deutscher Parlamente gemeinsam an den Volksaufstand erinnerten und den Einigungsvertrag am 3. Oktober 1990 unterzeichneten, ist der 17. Juni als Feiertag abgeschafft. Der neue "Tag der Deutschen Einheit" ist nun der 3. Oktober. Lediglich der Bund beflaggt am 17. Juni seine Dienstgebäude. Das gesellschaftliche und wissenschaftliche Interesse hingegen nimmt zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes im Jahr 2023 eine neue Dimension an. Zahlreiche Publikationen, Filme und Ausstellungen entstehen. Obwohl der 17. Juni kein Feiertag mehr ist, wird an seinem 70. Jahrestag so umfassend an ihn erinnert, wie selten zuvor.

Ihr Dieter Dombrowski

Die unmenschlichen Bedingungen, welche nicht nur gegen internationale Normen, sondern auch gegen in der DDR geltende Vorschriften verstießen, wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Studien (Deutsche Bahn 2016; Ikea 2014) beschrieben und durch Presseberichte und Dokumentationen und insbesondere durch die Berichte von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aufgedeckt. In der Haft produzierten die Gefangenen laut Historiker Dr. Wunschik nicht nur Waren für die DDR, sondern auch für westdeutsche und internationale Firmen. Von Fotoapparaten für Quelle und Otto bis Strumpfhosen für Aldi. „Insgesamt hatten diese Knastwaren in den 80er Jahren ein Volumen von mindestens 200, wahrscheinlich 600 Millionen D-Mark jährlich.“ In den zurückliegenden Jahren hat sich insbesondere die UOKG für eine weitere Aufarbeitung der Zwangsarbeit und eine Wiedergutmachung für die Betroffenen gegenüber den Firmen eingesetzt. Bislang hat mit IKEA nur ein Unternehmen angekündigt, sich an einer Unterstützung der Betroffenen beteiligen zu wollen. Gerade die Deutsche Bahn, sollte als bundeseigenes Unternehmen eine Vorbildfunktion im Prozess der Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit einnehmen. Auch die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke betonte, dass die heutigen Unternehmensleitungen nicht verantwortlich dafür seien, was in ihren Firmen in der Vergangenheit passiert ist. „Aber sie tragen Verantwortung dafür, wie ihre Unternehmen heute mit diesem dunklen Kapitel umgehen“, so Zupke. Und da gebe es noch einiges zu tun, betont der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski. Er war selbst im DDR-Gefängnis Cottbus inhaftiert und stellte Gehäuse für die Praktica-Kamera, den „Exportschlager“ der DDR, her. Den politischen Häftlingen der DDR ist in mehrfacher Hinsicht staatliches Unrecht angetan worden. Viele leiden bis heute an den Folgen der Zwangsarbeit. Es ist für D. Dombrowski „schwer verständlich, dass es in einem der reichsten Länder der Welt eines Lieferkettengesetzes bedurfte, um Unternehmen zu anständigem Handeln zu veranlassen. Es ist an der Zeit, auch unternehmerisches Handeln in der Vergangenheit zu bewerten und moralische Verantwortung einzufordern." An die Abgeordneten appellierten die SED-Opferbeauftragte E. Zupke und D. Dombrowski, sich für die Aufarbeitung und die Anerkennung der Folgeschäden einzusetzen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist für sie keine Frage Ostdeutschlands, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Blick auf das Podium mit Evelyn Zuzpke und Dieter Dombrowski

„Es ist an der Zeit, auch unternehmerisches Handeln in der Vergangenheit zu bewerten und moralische Verantwortung einzufordern."

Antje Zumdick

Verbändetreffen mit der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey

Am 14. November 2022 haben sich auf Einladung der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey und dem Kultursenator Dr. Klaus Lederer Mitglieder der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) im Roten Rathaus zum Gespräch getroffen. Nach pandemiebedingter Pause freuten sich alle Beteiligten auf dieses sonst jährlich stattfindende Treffen. Die wichtigsten Themen waren die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft, die Umbenennung der Zimmerstraße in Peter-Fechter Straße, die Empirische Sozialstudie für das Land Berlin und eine Bundesratsinitiative zur Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze. Durch die rege Teilnahme der Senatsverwaltungen konnten unsere Themen sofort durch die zuständigen Ressorts aufgenommen werden. Abschließend wurde mit der Regierenden Bürgermeisterin verabredet, dass die Verbänderunde regelmäßig einmal im Jahr stattfinden soll.

Antje Zumdick

Die letzte Adresse

Im Rahmen des Projektes „Die letzte Adresse“ wurde am Gebäude der Polizeistation in Parey am 24. Januar 2023 die fünfte Erinnerungstafel in Deutschland angebracht. Mit dieser Tafel wird an den in Parey geborenen und in Moskau erschossenen Polizisten Horst Avemann erinnert. Die Memorial-Stiftung erinnert mit dem Projekt seit 2014 an Menschen, die den stalinistischen Säuberungen zum Opfer gefallen waren. In Russland gibt es mittlerweile über 1.000 solcher Tafeln. Die Stiftung wurde zwar in Russland inzwischen verboten, das Projekt wird jedoch in der Ukraine, der Republik Moldau, in Tschechien, Georgien und Deutschland fortgesetzt. Bei der Enthüllung der Erinnerungstafel in der Ernst-Thälmann-Straße in Parey war neben Dr. Anke Giesen von Memorial Deutschland und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker auch Dieter Dombrowski anwesend. Der Bundesvorsitzende der UOKG erinnerte in einer Gedenkrede an den Pareyer Polizisten, der im März 1950 verhaftet, wegen angeblicher Spionage verurteilt, nach Moskau verschleppt und erschossen wurde.

Antje Zumdick

Dialogforum

SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke und Staatsminister / Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland Carsten Schneider

Am 22. Februar 2023 hatte die SED-Opferbeauftragte Vertreter des Dachverbandes der Opferverbände, der Landesbeauftragten, der Bundesstiftung Aufarbeitung, des Bundesarchivs und der für die Themen der Opfer der SED-Diktatur zuständigen Ressorts der Bundesregierung zum Dialogforum eingeladen. Mit dem Dialogforum setzt Evelyn Zupke das bisherige Veranstaltungsformat des Ostbeauftragten Carsten Schneider unter nunmehr ihrer Leitung im Deutschen Bundestag fort. Es war 2015 auf gemeinsame Initiative der Vorgängerin Iris Gleicke und der UOKG begründet worden, um eine direkte Möglichkeit für Gespräche, Vernetzung und Information zwischen SED-Opfer-Dachverband, Aufarbeitungsinitiativen und der Exekutive zu schaffen.

Der Bundesvorsitzender der UOKG Dieter Dombrowski, Vertreter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie des Bundesarchivs als auch die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker und Dr. Peter Wurschi konnten nach ihren Berichten in den direkten und offenen Austausch mit den Bundesressorts gehen. Anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums der Justiz, des Bundesministerium des Innern und für Heimat, des Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Dabei standen vor allem die Themen „Zukunftszentrum Deutsche Einheit und europäische Transformation“ am Standort Halle, Perspektiven des Verbundprojekts „Gesundheitliche Langzeitfolgeschäden von SED-Unrecht“ und die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im Vordergrund.

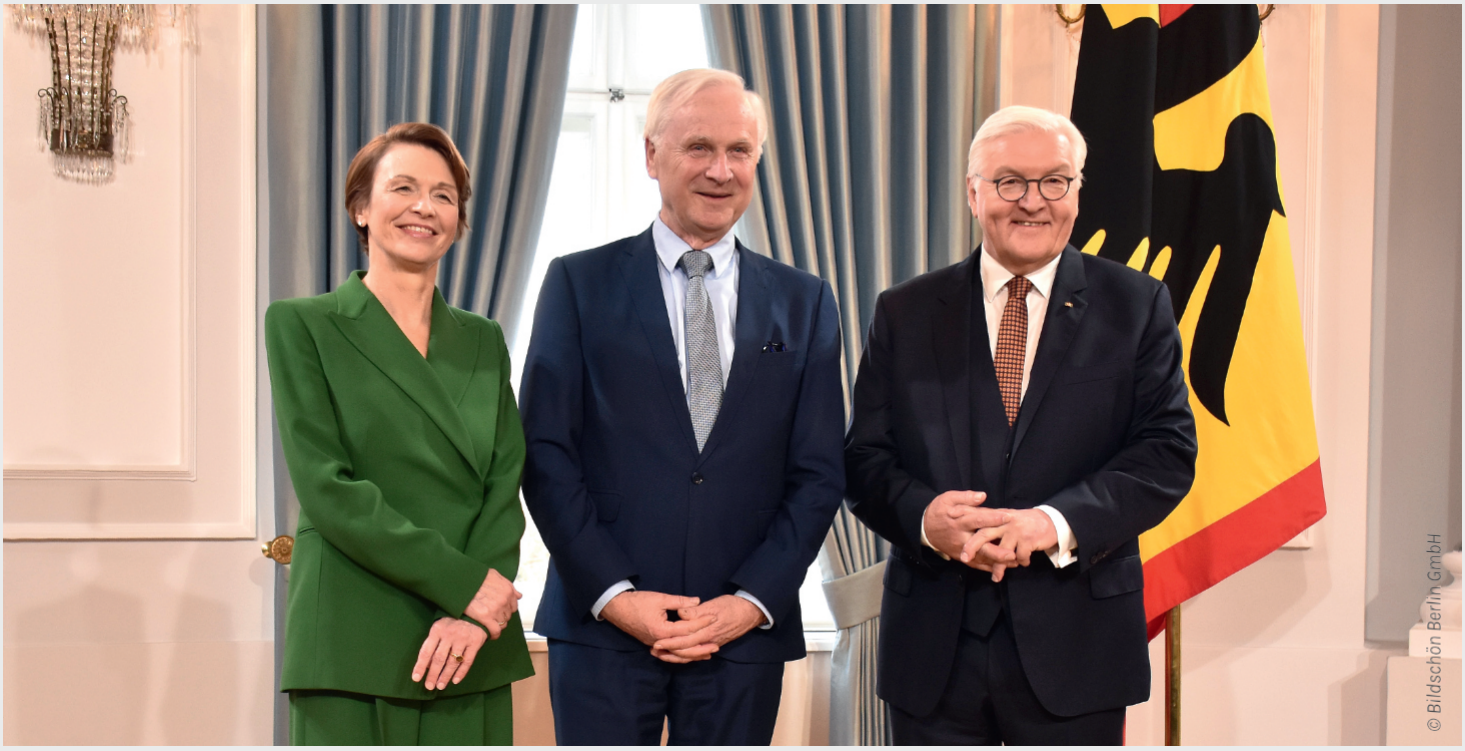
Antje Zumdick

70 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde

Am 14. April 1953 wurde das Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde eröffnet. Es diente der Unterbringung von Flüchtlingen aus Ost-Berlin und der DDR. Allein 1953 kamen 200.000 Menschen. Die DDR bremste den Aderlass erst mit dem Mauerbau 1961, stoppte ihn aber nie ganz. Bis 1990 passierten 1,35 Millionen Ostdeutsche Marienfelde. Die Ankommenden erhielten einen Laufzettel mit diversen Stationen von der ärztlichen Untersuchung über die Kleiderkammer bis hin zu den Geheimdiensten der Westalliierten und der Deutschen. Nur wer alle Hürden genommen hatte, konnte ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht beantragen. Zeitweise waren die für 1.200 Menschen ausgelegten 15 Wohnblocks in Marienfelde völlig überfüllt, doch das war mit dem Mauerbau 1961 vorläufig zu Ende. Die westdeutschen Behörden nutzten das Lager nun als zentrale Aufnahmestelle für Aussiedler. Nach dem letzten großen Andrang aus der DDR in den 1980er-Jahren endete die Notaufnahme offiziell mit der Deutschen Einheit 1990. Heute sind in Marienfelde neben einer Gedenkstätte Bürgerkriegsflüchtlinge aus anderen Ländern untergebracht. An die Flucht von Hunderttausenden Menschen aus der DDR erinnerte die Stiftung Berliner Mauer am 14. April 2023 zum 70-jährigen Bestehen des Notaufnahmelagers Marienfelde. Neben dem Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), und Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hat auch der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski teilgenommen.

Antje Zumdick

Neujahrsempfang



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Januar 2023 zum Neujahrsempfang ins Schloss Bellevue eingeladen. Gemeinsam mit Elke Büdenbender begrüßte er rund 70 Bürgerinnen und Bürger aus allen Bundesländern, die sich um das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben. Auch der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski war eingeladen, neben anderen Repräsentanten des öffentlichen Lebens aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kultur und Zivilgesellschaft.

Antje Zumdick

Gedenkveranstaltung Internierungslager Ketschendorf

Am 5. und 6. Mai fand die 34. Gedenkveranstaltung der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e. V. auf dem Waldfriedhof Halbe und der Gedenkstätte Ketschendorf in Fürstenwalde statt. Die Initiativgruppe empfing auf beide Tage verteilt rund 50 Teilnehmer. An beiden Tagen waren Zeitzeugen, ehemalige Inhaftierte des Lagers und auch Nachkommen von Inhaftierten anwesend. Neben dem Bundesvorsitzender der UOKG, Dieter Dombrowski konnte die Initiativgruppe Vertreter der Stadt Fürstenwalde, dem Landkreis Oder-Spree, der LAkD und dem Volksbund der Kriegsgräberfürsorge begrüßen. Die nächste Gedenkveranstaltung wird am 3. Mail 2024 in Halbe und am 4. Mai 2024 in Fürstenwalde stattfinden.

Der UOKG-Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski

Antje Zumdick

Verbändetreffen mit Ministerpräsident Woidke

Ministerpräsodent Dr. Dietmar Woidke und Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke

Am 22. Mai 2023 fand das jährliche nunmehr 8. Verbändetreffen mit Brandenburgs Ministerpräsident Woidke im Brandenburg-Saal der Staatskanzlei in Potsdam statt. Der Ministerpräsident betonte gleich zu Beginn, die Wichtigkeit des regelmäßigen Austausches mit den Verbänden und Initiativen für die Landesregierung und sicherte den anwesenden Opferverbänden weitere Unterstützung bei der Aufarbeitung zu. Die Brandenburger Aufarbeitungsbeauftragte Maria Nooke sprach sich für ein stärkeres Gedenken an die Opfer der sowjetischen Speziallager aus. Es ist wichtig die Initiativgruppen vor Ort zu unterstützen. Auch müssen die Internierungsgründe weiter erforscht werden. In einem ersten Schritt werden der Gedenkort Jamlitz sowie die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten integriert. Damit wird die herausgehobene Bedeutung, die beide authentischen Orte in der Erinnerungskultur des Landes haben, unterstrichen und deren überregionale Wahrnehmung erhöht. Der Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski verwies in seinem Redebeitrag auf die Unzufriedenheit, die es bei Familien der Opfer sowjetischer Speziallager gebe. Kritisch sehe auch er, dass das Gedenken an Tausende Opfer in Speziallagern der Sowjets nicht ausreichend gewürdigt werde.

Antje Zumdick

UOKG-Kongress „Jugendhäuser in der DDR. Geschichte. Insassen. Folgen.“

Niemand kennt die Jugendhäuser in der DDR. Selbst Google verwechselt sie mit den Jugendwerkhöfen. Der Kongress wird sich mit diesen vergessenen Strafanstalten beschäftigen, deren Standorte heute kaum noch bekannt sind: Wriezen, Hohenleuben, Ichtershausen, Dessau, Torgau, Halle. Bis zu 2.000 Jugendliche beiderlei Geschlechts waren hier jährlich inhaftiert. Ihr Alltag war vergleichbar mit dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Historiker und Zeitzeugen werden über ihre Geschichte zwischen 1951 und 1990 berichten. Wir arbeiten zusammen mit dem Projekt „Denkorte“ des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“. Die Veranstaltung findet am Sonnabend, dem 14. Oktober von 10 bis 18 Uhr in Erfurt (Augustinerkloster) statt. Aktuelle Informationen, das Programm und ein Anmeldeformular finden Sie unter https://www.uokg.de/jugendhaus/ Rückfragen bitte unter: jugendhaus@uokg.de. Die Teilnahme ist kostenlos.

Ehemaliges Jugendhaus Ichtershausen (2015)

Dr. Christian Sachse

Zweiter Bundesfrauenkongress „Verronnene Zeit“ in Halle

Die UOKG wird in Kooperation mit dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur den Zweiten Bundesfrauenkongress vom 6. bis 8. Oktober in Halle veranstalten. Der Erste Bundesfrauenkongress im August 2021 ist den Teilnehmenden noch in guter Erinnerung. Umso größer war die Freude, dass die Förderung des zweiten Kongresses von der Beauftragten für Kultur und Medien Claudia Roth bewilligt wurde. Gemeinsam mit Vertreterinnen der Bundespolitik möchten wir in der Auftaktveranstaltung am Freitagabend resümieren, inwieweit die auf dem ersten Kongress gestellten Forderungen in der Resolution „Das Schweigen brechen“ den Opfern helfen“ auf den Weg gebracht wurden.

Am Samstag sollen die DDR-Frauen-Haftstätten Roter Ochse und Hohenleuben vorgestellt, die Vielschichtigkeit des Widerstandes von Frauen am Beispiel der Halleschen Gruppe „Frauen für den Frieden“ verdeutlicht und die geleistete Zwangsarbeit von Frauen in den Gefängnissen der DDR näher beleuchtet werden.

Aus den zahlreichen Forschungsprojekten des sogenannten Wanka-Programmes konnten Vortragende aus dem Teilprojekt „Traumafolgestörungen - Körperliche und psychische Folgen politischer Haft“ (Landschaften der Verfolgung) und aus dem Teilprojekt „Körperliche und psychische Langzeitfolgen von Zersetzungsmaßnahmen in der DDR“ (Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht) gewonnen werden. Sie werden uns ihre bisherigen Ergebnisse unter frauenspezifischen Gesichtspunkten vorstellen. Ein weiteres Augenmerk möchten wir auf den berüchtigten Paragraphen 249 StGB/DDR legen, der bis dato in Forschung und Vermittlung mit seiner politischen Dimension noch viel zu wenig Beachtung fand. Aber es soll auch immer ein Ausblick, eine Hilfestellung gegeben werden. Deshalb möchten wir zum einen auf diesem Kongress die für die Betroffenen so wichtige Resilienz/Widerstandsfähigkeit nicht außer Acht lassen und zum zweiten die Vernetzung der Frauen untereinander stärken.

Für den Geist und die Seele sind nicht nur ein gutes Essen und ein Bett vonnöten, sondern Kultur und

Glaube haben vielen geholfen, leidvolle Erfahrungen zu überleben. Insofern können wir uns auf die Darbietung des biografischen Theaters „Wendezeiten“ am Samstagabend und auf eine Andacht am Sonntagmorgen freuen. Zu guter Letzt, haben Sie dann die Wahl zwischen einer Führung durch die Gedenkstätte Roter Ochse oder durch die Franckeschen Stiftungen, in deren Räumlichkeiten der Zweite Bundesfrauenkongress in Halle stattfinden wird.

Wir freuen uns – wie immer – auf ein Wiedersehen oder Kennenlernen. Anmeldungen erfolgen bitte über das Organisationsbüro der UOKG, das mit Frau Elske Brault eine kompetente Ansprechpartnerin gewinnen konnte. (kongress.halle@uokg.de)

Sandra Czech

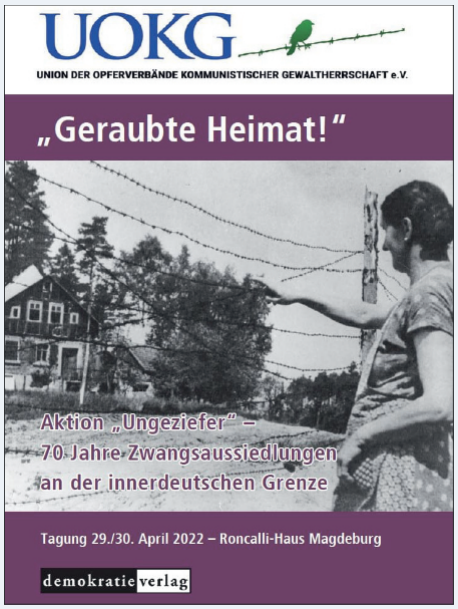
Mitkommen! - Frauen berichten über Repression in Heimen und politischer Haft

Wie macht man sichtbar, was Mädchen und Frauen in Heimen und politischer Haft durch das SED-Regime angetan wurde? Wie findet man Worte für das Trauma? Christian Sachse und Christoph-Lucas Hütter schaffen in ihrem Film „Mitkommen!“, der unter Beratung von Manfred May und Ines Geipel sowie der Förderung durch die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – Dr. Nancy Aris – entstand, eine Form der Darstellung ebenjener Schrecken der Diktatur. Verkörpert durch Schauspielstudentinnen, der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch, die in minimalistischer Ästhetik, aus der Zentralperspektive, vor schwarzem Hintergrund, Aussagen von Zeitzeuginnen sprechen lassen, entsteht ein verdichtetes Zeitdokument, das in den Bann zieht. In seiner Eindrücklichkeit ist der Film keine leichte Kost. Es wird sichtbar, was oftmals nicht aus- oder ansprechbar ist. Dabei schafft es die Darstellung, aufzudecken ohne bloßzustellen. Der Film lässt so das Leiden ebenso deutlich werden, wie die Kraft und Stärke der Frauen. Sowohl im institutionellen Kontext – wie etwa in Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen – als auch im Privaten kann der Film ein Gegenentwurf zum Schweigen und Verdrängen werden: Der Film leistet Aufklärungsarbeit und stößt Offenheit in der Auseinandersetzung mit den Erlebnissen der Betroffenen an.

Magdalena Kuhn

Tagungsband „Geraubte Heimat“ erschienen

Im vergangenen Jahr veranstaltete die UOKG eine Tagung, die sich mit den Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, anlässlich des 70. Jahrestages speziell mit der Aktion „Ungeziefer“ beschäftigte. An zwei Tagen näherte man sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven. So berichteten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen über ihre persönlichen Erlebnisse im Mai/Juni 1952 und über die bis heute nicht zufriedenstellende Rehabilitierung der Zwangsausgesiedelten und deren Bedeutung für die persönliche Traumabewältigung. Zusätzlich suchte man gemeinsam mit der Politik nach Lösungen und Wegen. Ergänzend ordneten Historikerinnen und Historiker die Zwangsaussiedlungen in den damaligen regionalen, nationalen und internationalen Kontext ein und abschließend wurde der momentane Stand der diesbezüglichen Erinnerungskultur im heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt überblicksartig vorgestellt. Der Band ist im neu gegründeten Demokratie-Verlag erschienen und richtet sich an alle Interessierten sowie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Das Buch kann über die Bundesgeschäftsstelle der UOKG bezogen werden.



Sandra Czech

Webportal DDR-Zwangsarbeit

Die UOKG gestaltet im Rahmen des Bundesförderprogramms „Jugend erinnert“ ein Webportal, das sich speziell mit der Zwangsarbeit in Gefängnissen, Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR befasst. Das Portal wird zehn Interviews mit Betroffenen präsentieren sowie eine Übersichtskarte und zahlreiche Informationen zu Arbeitsbedingungen und hergestellten Produkten. Um das Thema bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekannter zu machen wird das Webangebot einen eigens konzipierten Workshop mit dem Schwerpunkt DDR-Zwangsarbeit zum Download anbieten. Die Teilnehmenden werden im Rahmen des Workshops die Zeitzeugeninterviews analysieren, sich Hintergrundwissen über den Strafvollzug und das Heimsystem in der DDR aneignen und über die Rolle der Arbeit und des Zwangsarbeitssystems in der sozialistischen Gesellschaftsordnung diskutieren.

Das Bundesförderprogramm „Jugend erinnert“ soll junge Menschen zur Beschäftigung mit den Folgen des NS-Regimes und der SED-Diktatur anregen. Das Programm wird von der Staatsministerin für Kultur und Medien geleitet und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur betreut.

Alesch Mühlbauer

„Vergessene Kinder“

In der Denkschrift der Bundesregierung zum Einigungsvertrag heißt es, dass die Rehabilitierung aus rechtspolitischen, humanitären und sozialen Gründen geboten sei, um das Unrecht und seine Auswirkungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu beseitigen. Beim Projekt „Vergessene Kinder“ geht es um die Kinder von politisch inhaftierten Eltern, die in privater Pflege bei Verwandten und Freunden untergebracht waren. Auch diese Kinder sind politisch Verfolgte des DDR-Regimes. Es wird vergessen, dass die in privater Pflege untergebrachten Kinder genauso unter der Trennung, der Isolation und Ungewissheit gelitten haben. In ihrem sozialen Umfeld haben diese Kinder genauso wie Heimkinder unter Diskriminierung und Ausgrenzung zu leiden gehabt. Die Folgen reichen auch hier bis in die Gegenwart. Die bis heute völlig außer Acht gelassene Opfergruppe der „Vergessenen Kinder“ gilt es als Opfer der SED-Diktatur anzuerkennen.

Die UOKG hat zu dieser Thematik einen Fragebogen entwickelt. Da die bisherigen ausgefüllten Fragebögen leider nicht ausreichend sind, bitten wir weiterhin um Mithilfe bei der Suche nach Betroffenen und speziellen Einrichtungen, in denen man den Fragebogen auslegen kann. Bitte wenden Sie sich dafür an Sandra Czech.

Sandra Czech

Vorstudie: „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“

Für die Durchführung der Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ konnte die UOKG als universitären Partner die Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Baberowski gewinnen. Das Ziel der Vorstudie ist einerseits weitere Lieferketten von arbeitsteiligen Gefängnisprodukten bis hin zum Endverkäufer lückenlos zu rekonstruieren und andererseits die bekannten gesundheitlichen Folgeschäden auf ihre kausalen Zusammenhänge mit der ausgeübten Zwangsarbeit hin exemplarisch zu untersuchen. Die Studie soll voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Werner Schulz (1950 - 2022)

Am 9. November 2022, dem Tag des Mauerfalls, ist Werner Schulz im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war ein Volksvertreter, der über die Grenzen seiner Partei, aber auch seines Landes hinausgedacht und gehandelt hat. Dies begann mit seinem Mandat für die erste freigewählte Volkskammer, führte über seine Tätigkeit als Abgeordneter des Deutschen Bundestages und endete auch nicht mit seinem Mandat für das Europäische Parlament. Im Zentrum seines Lebens stand sein Einsatz für Demokratie und Mitbestimmung. Die UOKG ist Werner Schulz zu besonderem Dank verpflichtet. Er setzte sich bereits früh (1992) und später als Beirats-Mitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur über mehrere Amtsperioden hinweg für eine finanziell und inhaltlich abgesicherte Aufarbeitung durch die Bürger, für eine „Förderung außerparlamentarischer Ansätze zur Aufarbeitung“ ein. Die vielfältige Aufarbeitungslandschaft, die heute die fünf östlichen Bundesländer prägt, ist zu großen Teilen auf diese frühe Weichenstellung zurückzuführen. Wir trauern um einen ehrlichen, aufrichtigen – im wahrsten Sinne des Wortes – streitbaren Demokraten, der das in der Friedlichen Revolution Erlernte bis zu seinem Tod bewahrt hat.

Eberhard Hoffmann (1928 - 2023)

Mit großer Trauer hat die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft die Nachricht erhalten, dass der Begründer der Initiativgruppe Lager Mühlberg Eberhard Hoffmann am 7. Januar 2023 verstorben ist. Eberhard Hoffmann wurde am 19. Januar 1928 in Burgstädt bei Chemnitz geboren. Noch in den letzten Kriegstagen musste er sich als 17-Jähriger der Wehrmacht anschließen, doch seine Einheit ergab sich rasch den US-Truppen. Aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrte er im Juni 1945 in die nunmehr sowjetische Besatzungszone zurück. Doch im Oktober 1945 wurde er plötzlich in der Nacht verhaftet. Er stand im Verdacht, der nationalsozialistischen Werwolf-Organisation anzugehören. Mit Tausenden anderen wurde er in das Sowjetische Speziallager Mühlberg gebracht. Nach der Auflösung des Lagers 1948 kam er in das Speziallager Buchenwald und wurde 1950 entlassen. Eberhard Hoffmann entschied sich in der DDR zu bleiben und hielt dort engen Kontakt zu seinen ehemaligen Haftkameraden. 1991 gründete er mit Leidensgenossen die Initiativgruppe Lager Mühlberg und engagierte sich über viele Jahre lang in deren Vorstand. Die Errichtung der Gedenkstätte Lager Mühlberg für die Opfer des deutschen Kriegsgefangenenlagers Stalag IV B und des sowjetischen NKWD-Speziallagers Nr. 1 ging wesentlich auf seine Initiative zurück.

Mitgliedsverbände der UOKG

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V.
Oranienburg, Brandenburg

Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
Berlin

Bund der Vertriebenen e. V.
Bonn, Nordrhein-Westfalen

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
Cottbus, Brandeburg

DDR-Museum in Pforzheim
Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V.
Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V.
Neustadt (Dosse), Brandenburg

Förderverein Gedenkstätte Bautzen e. V.
Bautzen, Sachsen

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e. V.
Berlin

Forum für Aufklärung und Erneuerung e. V.
Berlin

Freiheit e. V.
Erfurt, Thüringen

Gedenk- und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e. V.
Potsdam, Brandenburg

Initiative verfolgter Schüler und Studenten
Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.
Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.
Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF)
Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989
Berlin

Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
Berlin

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e. V.
Berlin

Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte e. V. (IGFM)
Berlin

Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
Berlin

Menschenrechtszentrum Cottbus
Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
Berlin

Pro Universitätskirche e. V. Leipzig
Leipzig, Sachsen

Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
Leinfelden-Echterdingen, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) Salzgitter
Salzgitter, Niedersachsen

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V., Potsdam
Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e.V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus
Berlin

VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Impressum

Vorstand

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Roland J. Lange
andreas37@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende: Horst Schüler (†) , Gerhard Finn (†)

Beisitzer:
Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de

Regionalbeauftragte

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Niedersachsen:
info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Südwestdeutschland:
info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Foto: UOKG

Kontaktdaten

Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
Für: UOKG e. V.

Facebook Youtube uokg.de

Impressum

Newsletter herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leserinnen und Leser.

Redaktion dieser Ausgabe: Antje Zumdick, Alesch Mühlbauer
Layout: Alesch Mühlbauer
Redaktionsschluss: 08. Juni 2023.

Copyright 2023: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)